

**II-10024 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 4985/1.

A N F R A G E

1990-02-07

der Abgeordneten Mag. Guggenberger und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Bundesamtsgebäude Imst

Das Bundesamtsgebäude Imst, in dem das Arbeitsamt, das Bezirksgericht, die Gendarmerie und das Vermessungsamt untergebracht sind, wird den räumlichen Anforderungen in keiner Weise mehr gerecht.

Seit einiger Zeit wird daher die Forderung nach Errichtung eines Erweiterungsbaues erhoben, der den genannten Behörden ausreichend Platz bieten soll. Zudem sollen mit dem Zubau Räumlichkeiten für ein Berufsinformationszentrum der Arbeitsmarktverwaltung geschaffen werden.

Dem Vernehmen nach liegen die Planungsunterlagen für dieses Projekt, dessen Gesamtkosten S 35 Mio betragen, bereits bei Ihrem Ressort auf.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie bereit, die Verwirklichung dieses Projektes so rasch wie möglich voranzutreiben ?
- 2) Wann kann mit dem Baubeginn gerechnet werden ?
- 3) Ist Ihr Ressort bereit, sich an den Errichtungskosten einer Tiefgarage an der Rückseite des Bundesamtsgebäudes zu beteiligen ?